

Worte

Autor(en): **Ragaz, Leonhard**

Objektyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **79 (1985)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Konzeptionsphase eines Jagdflugzeuges der 90er Jahre ausdrücklich zugestimmt.

Das Nein zu neuen Atomraketen und zu SDI allein qualifiziert die SPD noch lange nicht als Hoffnungsträger der Friedensbewegung.

Auch die Grünen werden sicherheitspolitisch nur wirksam werden, wenn sie an präzisen Sachpunkten eine Klärung bei der SPD erzwingen. Das wird ihnen nicht gelingen, wenn sie den notwendigen Dissens in den oben genannten Punkten verlagern auf einen gegenwärtig fruchtlosen Grundsatzstreit um die Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik.

Der Handlungsraum einer wie auch immer definierten rot-grünen Bundestagsmehrheit hinge aber entscheidend davon ab, ob sie einer starken parteipolitisch unabhängigen Friedensbewegung gegenüber rechenschaftspflichtig bliebe, oder ob sich die Bewegung zum wirkungslosen Instrument der Politikberatung degradieren liesse.

Das Verhältnis der Friedensbewegung zu den politischen Parteien darf auch nicht dazu führen, dass durch eine zu starke Fixierung auf SPD und Grüne der wachsende sicherheitspolitische Dissens in den konservativen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen (einschliesslich der Bundeswehr) überspielt würde. Es muss das Ziel bleiben, das Nein zu den Massenvernichtungsmitteln auch in CDU und FDP zu verbreitern und dies zu einem Kriterium der Wählbarkeit von Kandidaten zu machen. Gruppen wie die «Christlichen Demokraten für Schritte zur Abrüstung» leisten hier eine ganz wichtige Arbeit.

Kein Grund zur Häme

Ich habe meine Überlegungen mit einer Kritik an der selektiven Wahrnehmung von Friedensarbeit durch die Medien begonnen. Diese Kritik will ich zum Schluss etwas relativieren. Denn während überregionale Zeitungen sowie Rundfunk und Fernsehen die Friedensbewegung inzwischen weitgehend totschrweigen,

zeugen viele Lokalteile von der Lebendigkeit der Bewegung. Über die Friedenswoche 1984 sind in der Summe kaum weniger Belege zusammengekommen als über frühere Grossdemonstrationen in Bonn. Und nicht selten werden sicherheitspolitische *Argumente* der Friedensbewegung viel ausführlicher auf der Lokalseite referiert, als das nach spektakulären Grossaktionen in den überregionalen Medien der Fall war. Eine Auswertung von Leserbriefdiskussionen in vielen Zeitungen belegt darüber hinaus ebenfalls, wie wichtig es ist, dass «die Friedensbewegung» fassbar wird durch das Handeln von Menschen und Gruppen in ortsbekanntem und deshalb nachvollziehbarem sozialen Zusammenhängen.

Die Friedensbewegung hat, wenn sie sich ihrer bleibenden Stärke in den dezentralen Strukturen stärker als bisher bewusst wird, keinerlei Grund, sich durch die oft hämischen Nachrufe in konservativen Kommentarspalten entmutigen oder unter falschem Aktionsdruck setzen zu lassen. Zu ihr gehören viele tausend kleine Gruppen, die stabil genug sind, Enttäuschungen und Rückschläge produktiv zu verarbeiten und auch in Zeiten, in denen ihnen der Wind ins Gesicht bläst, an der Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung beharrlich weiterzuarbeiten.

Der Militarismus entsteht wesentlich aus Angst – aus der Angst vor Gefahr, aus der Abwesenheit eines Glaubens, der diese Angst bannte. Darum ist er immer eine Frucht gottferner und götzendienerischer Zeiten. Darum aber geschieht es auch, dass die militärische Tapferkeit solcher Völker mit unglaublicher Feigheit im bürgerlichen Leben verbunden ist. Das scheinen kommunizierende Röhren zu sein, in denen das Wasser immer gleich hoch steht.

(Leonhard Ragaz, in: NW 1935, S. 58/59)